



Interviews

Ist die Ukraine EU-reif?

Roderich Kiesewetter, CDU-Außenpolitiker, im Interview mit Jürgen Zurheide

"Informationen am Morgen", 10.11.2023, 7:45 Uhr

Jürgen Zurheide: Die Lage in der Ukraine ist schwierig zu beschreiben. Auf der einen Seite ein Krieg, der sich offensichtlich festfrisst; auf der anderen Seite die bange Frage, was passiert denn jetzt im Winter, gibt es weitere russische Angriffe zum Beispiel auf die Energieversorgung. Die Menschen dort schauen einigermaßen besorgt in die Zukunft.

Initiativen, den Krieg zu beenden, gibt es nicht. Man sieht sie auf keiner Seite im Moment.

Was passiert ansonsten innenpolitisch in der Ukraine? Über all das möchte ich reden mit

Roderich Kiesewetter, der jetzt am Telefon ist, für die CDU im Bundestag, als Oberst a.D. ein besonderer Kenner auch der militärischen Lage. Guten Morgen, Herr Kiesewetter!

Roderich Kiesewetter: Guten Morgen, Herr Zurheide.

Zurheide: Herr Kiesewetter, der Krieg hat sich festgefressen. Wenn ich diesen Satz jetzt sage, widersprechen Sie, oder sind die Nachrichten, die auch Sie bekommen, so ähnlich? Der Generalstabschef der Ukraine hat es die Tage ja auch mal sehr deutlich gesagt.

Kiesewetter: Die Fortschritte der Ukraine halten sich in Grenzen, zumal die westlichen Unterstützungen sehr zäh sind und natürlich auch die Aufmerksamkeit sich in Richtung

Naher und Mittlerer Osten bewegt. Aber ganz entscheidend ist, dass diese Woche durch den EU-Fortschrittsbericht sehr viel Motivation in der Ukraine angekommen ist, und entscheidend ist auch, dass wir auch unserer Bevölkerung klarmachen, dass die Ukraine nach wie vor intensive Unterstützung braucht in weitreichenden Waffen, aber dass EU, NATO-Sicherheit und transatlantische Lastenteilung Teil einer westlichen Gesamtstrategie werden müssen. Wir dürfen nicht immer nur auf Waffenlieferungen schauen, sondern auch auf eine Gesamtunterstützung.

Zurheide: Wir kommen gleich noch dazu. Wenn ich im Moment sage, dass der Krieg sich festgefressen hat und Bilder vielleicht aus dem Ersten Weltkrieg und Analogien da sind, ist das eine zutreffende Beschreibung, oder passt das nicht ganz ins Bild und in auch dieses Narrativ, wenn ich dieses neudeutsche Wort sagen darf, der Geschichte, die Sie gerade angedeutet haben?

Kiesewetter: Die Ukraine geht sehr vorsichtig mit ihren Menschenleben um, weil die westliche Luftunterstützung, die gekommen ist, vorrangig zum Schutz der Städte eingesetzt wird und nicht an der Front.

Zweitens haben wir in Abweichung vom Ersten Weltkrieg einen Hightech-Krieg mit Blick auf Drohnen und frühzeitige Aufklärung.

Drittens: Russland hat auf Kriegswirtschaft umgestellt und die EU bekommt nicht mal ihr Versprechen umgesetzt, bis zum Jahresende eine Million Artilleriegranaten zu liefern.

Wir müssen sehr arg aufpassen, dass wir der Ukraine auch Wort halten und sie unterstützen.

Und zweitens: Die Frontlinien, die jetzt eingehalten sind, haben die Russen unter extremsten

Verlusten – man spricht von über 300.000 Soldaten, die gefallen und schwerstverwundet sind – erkaufte, zu Lasten ethnischer Minderheiten und durch Umstellung auf Kriegswirtschaft, während die Ukraine versucht, sich westlich zu orientieren und ihr Personal möglichst schonend einzusetzen. Das müssen wir anerkennen.

Zurheide: Was folgt daraus?

Kiesewetter: Daraus folgt erstens, dass wir mit Blick auf die möglichen EU-Beitrittsgespräche alles tun, dass die EU weiter aufnahmefähig wird und das kein leeres Versprechen bleibt. Zweitens, dass wir unsere Rüstungsindustrie stärker anweisen und dass wir die Minimalziele, die der Bundeskanzler ausgegeben hat, die Ukraine darf nicht verlieren und Russland nicht gewinnen, dass wir diese verändern müssen in, die Ukraine muss ihr Territorium von 1991 wiederherstellen und Russland das Existenzrecht seiner Nachbarn anerkennen. Wir müssen hier deutlich stärker auch sagen, auch unserer Bevölkerung, was das Ziel ist, denn wenn die ukrainische Bevölkerung keine Aussicht auf EU- und NATO-Mitgliedschaft hat und in einem geteilten, immer russischen Angriffen ausgesetzten Land überlassen bleibt, dann werden sie das Land verlassen und wir müssen mit zweistelligen Millionenzahlen an Flüchtlingen rechnen. Selbst aus unserem eigensten innenpolitischen Interesse müssen wir mehr tun für die Ukraine.

Zurheide: Glauben Sie ernsthaft daran, wenn wir das so definieren, wie Sie das gerade gesagt haben, die Ukraine gewinnt und die kompletten Gebiete zurückerobert, halten Sie das für ein realistisches Ziel? Ich will jetzt nicht sarkastisch klingen, aber angesichts der Lage, die wir dort vor Ort beobachten, selbst wenn mehr geliefert würde – wir alle wissen, wir sind noch nicht in der Kriegswirtschaft hier im Westen -, ist das ein realistisches Ziel?

Kiesewetter: Zunächst einmal sehen wir sehr deutlich, wie der Verteidigungsminister die Bundeswehr und unser Land darauf vorbereitet, dass plötzlich Begriffe wie kriegstüchtige Bundeswehr fallen, was ich für richtig halte.

Zweitens: Wenn das nicht passiert, dass die Ukraine ihre Grenzen wiederherstellen kann, ist das eine Blaupause für den Iran gegenüber dem Irak, für Serbien gegenüber Bosnien und Kosovo und – der große schwarze Schwan im Raum – für China gegenüber Taiwan. Das heißt, wenn der Westen nicht in der Lage ist, die Ukraine, die für unsere Freiheit dort den Kopf hält, weil Russland den Krieg dann ausweiten will gegen Moldau und gegen die baltischen Staaten, dann ist das diese Blaupause. Das heißt, es reicht nicht, nebenher aus der Westentasche die Ukraine zu unterstützen, sondern es bedarf einer Gesamtanstrengung auch mit Blick auf die US-Wahlen im nächsten Jahr, und hier erwarte ich schon von der Bundesrepublik, zusammen mit Polen und Frankreich eine gemeinsame Anstrengung, dass den Amerikanern gezeigt wird, es ist ein Krieg auf europäischem Boden, wir übernehmen mehr Verantwortung. Die Amerikaner leisten immer noch 70 Prozent der militärischen Unterstützung. Hier müssen wir Europäer mehr tun, sonst weitet sich der Krieg aus und wir sind dann in einem Jahrzehnt des Krieges, der Abnutzung mit allen innenpolitischen Folgen, die das bei Europawahlen und Bundestagswahlen nach sich zieht.

Zurheide: Die Alternative könnte ja auch sein – und das soll jetzt auch nicht zynisch klingen -, dass man doch an irgendeinem Punkt sagt, dann wird es Verhandlungen geben müssen.

Dann heißt das ja nicht, dass man die Gebiete aufgibt, sondern dass man über Verhandlungen möglicherweise in nicht ganz kurzer Zeit Ziele erreicht, aber ohne die Opfer,

die wir jetzt haben. Ich sage es mal: Auch die deutsche Einheit ist nicht mit Waffengewalt wiederhergestellt worden. Ist das zynisch, wenn ich das so argumentiere?

Kiesewetter: Es ist insofern zynisch, als die KZ von Auschwitz und Dachau mit Waffengewalt befreit wurden und dass ein Hitler mit Waffengewalt niedergeworfen wurde. Nun wollen wir keinen Krieg mit Russland, aber wir sind Kriegsziel Russlands. Zynisch wäre es, wenn man der Ukraine Verhandlungen aufzwingt über was denn! Über was soll die Ukraine verhandeln, dass die 20.000 entführten Kinder, die mit neuem Namen zur Adoption freigegeben wurden in Russland, zurückgegeben werden, dass die Kriegsschäden wiederhergestellt werden? Über was soll die Ukraine verhandeln?

Der Schlüssel für den Erfolg ist die Krim, weil Putins Schicksal mit der Krim verbunden ist, und ich beobachte, dass die Diskussion über mögliche NATO-Mitgliedschaft, über weitreichende Waffen wie Taurus verknüpft ist, dass Putin ja dann eskalieren könnte, und das ist genau die falsche Sorge, weil Putin ja immer dann eskaliert hat, wenn nicht geliefert wurde. Als die Panzer nicht geliefert wurden, solange die Kampfflugzeuge nicht geliefert wurden – das ändert sich jetzt -, hat Putin immer weiter eskaliert. Er hat hundertmal mehr zivile Ziele angegriffen, Elektrizitätswerke, Krankenhäuser, Schulen, als militärische Ziele. Deswegen müssen wir uns im Klaren sein: Die Ukraine hat verhandeln wollen. Selenskyj hat angeboten, Verzicht auf die Krim, Verzicht auf die 2014 besetzten Gebiete und Verzicht auf die NATO-Mitgliedschaft, um im Gegenzug Sicherheitsgarantien zu erhalten, und die russische Antwort war Butscha, Irpin, Mariupol. Die Verhandlungsseite ist von russischer Seite abgelehnt worden und deshalb muss das Ziel sein, die Ukraine zu befähigen, dass Russland aufgeben muss, und das geht mit Taurus und weitreichenden Waffen, aber auch

einer Einstellung, die sich nicht einschüchtern lässt von Putin, weil immer in der Sorge argumentiert wird, wenn wir Kampfpanzer liefern, wenn wir Flugzeuge liefern, wenn Taurus geliefert wird, würde Putin eskalieren. Er eskaliert die ganze Zeit und deswegen müssen wir sehr klar sagen, die Ukraine darf keine Blaupause für China werden, sondern vielmehr muss sie ein Rollenmodell werden, das attraktiv ist für Weißrussland und Russland, dass die Staaten sind, die das Existenzrecht ihrer Nachbarn bedingungslos akzeptieren.

Zurheide: Kommen wir zur innenpolitischen Lage in der Ukraine. Es wird keine Wahlen geben, hat Selenskyj gerade gesagt. Ist das ein kluger Schachzug oder kann man in diesen Zeiten keine Wahlen abhalten? Und wenn ich Ihnen folge und diese militärische Eskalation weitergeht, dann könnte es noch jahrelang diesen Krieg geben. Wird es dann jahrelang auch keine Wahlen geben?

Kiesewetter: Schauen wir mal auf Deutschland. Ich war erst unlängst wieder in der Ukraine und habe genau dieses Thema angesprochen. Wir haben selbst in der Verfassung eine Regelung, dass im Verteidigungsfall Wahlen ausgesetzt sind bis sechs Monate nach Kriegsende. Eine ähnliche Regelung hat die Ukraine. Ich habe mit Oppositionspolitikern gesprochen und auch mit Regierungspolitikerinnen und Politikern und die sagen alle, es wäre unfair, wenn jetzt Wahlen gemacht würden – einmal, weil Russland Wahllokale beschießen kann, aber zweitens, weil das ein ungeheurer Aufwand wäre zu organisieren. Und sowohl die Regierungsseite als auch die Opposition sagt, es könnte ein verfälschtes Ergebnis geben. Alle wünschen sich einen starken Präsidenten, aber sie wollen einen Präsidenten, der mit ehrlichen Wahlen gewählt wird. Deswegen muss das, wie auch in Deutschland die Regelung ist, einige Zeit nach Kriegsende sein.

Viel wichtiger ist, dass trotz dieses Krieges die Ukraine erhebliche Fortschritte erzielt hat in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, Justiz, Medienfreiheit, Wirtschaft, dass sie trotz dieser Kriegslage ein funktionierendes Parlament hat und versucht, sich beitriffsfähig für die Europäische Union zu machen. Das muss doch anerkannt werden.

Zurheide: Passiert das wirklich? Ein Präsident, dessen wirtschaftliche Verhältnisse über die Panama Papers offengelegt worden sind, ist der richtige, der gegen Korruption kämpft? Sind Sie da wirklich von überzeugt?

Kiesewetter: Er ist zunächst derjenige, der eine ganze Reihe von Ministern und Spitzenbeamten entlassen hat, weil die sich in einen Korruptionssumpf der Kriegsdienstverweigerung begeben haben, dass Leute sich freikaufen konnten.

Zweitens: 70 Prozent der Bevölkerung der Ukraine haben Selenskyj gegen den korrupten Poroschenko gewählt, der abgewählt wurde. Und Selenskyj hat sich befreit von seinem Gönner Kolomojskyj.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wenn wir nicht alles tun, dass Selenskyj in diesem Krieg bestehen kann – danach sind Wahlen; dann wird man sehen, wer kommt -, dann kann es sein, dass Selenskyj durch innenpolitischen Druck fällt. Dann werden all diejenigen, die ein negatives Image der Ukraine sehen, sagen, sie fühlen sich bestätigt, das alte System kommt zurück. Selenskyj steht unter ungeheurem Druck. Ich habe das persönlich immer wieder erlebt mit Blick auf Poroschenko, Timoschenko und anderen, seinen früheren Vorgängern. Es ist ganz wichtig, dass uns bewusst sein muss, wir wollen eine demokratische Ukraine und nicht ein Putsch-Regime, weil Selenskyj sich weder mit Blick auf EU, noch NATO, noch

Unterstützung durch westliche Unterstützung, dass sie die Grenzen wiederherstellen können, dass er aussichtslos wird und alte Kräfte wiederkommen. Dann wird die Ukraine scheitern und zu einem Unruhepol in der Mitte Europas werden, und wir wollen, dass die Ukraine ein Beispiel wird für Russland und Weißrussland in der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wiederaufbaus. Daran geht es jetzt auch schon.

Zurheide: Wenn ich jetzt einen Strich unter unser Gespräch ziehe, dann beschreiben Sie gerade, dass das noch ein verflucht weiter Weg ist. Deshalb habe ich manchmal die Sorge, dass diese Hinweise, ihr könnt aufgenommen werden in die Europäische Union, dass das – ich will es jetzt nicht wieder zynisch sagen – Wolkenkuckucksheime sind. Beschreiben Sie nicht gerade, wie schwierig das ist?

Kiesewetter: Natürlich ist es schwierig, weil dieses Land im Krieg ist und hunderttausende Menschen gefallen, vor allen Dingen in der Zivilbevölkerung ungeheuer Leid angerichtet wurde. Wir müssen auch bei dem Wiederaufbau an Enttraumatisierung denken. Aber wenn wir diese Sache ausblenden, wenn wir diesen Krieg nicht ernstnehmen, dann wird Putin Erfolg haben und den Krieg fortsetzen gegen Moldau, gegen die baltischen Staaten.

Ich warne davor. Nicht umsonst hat der Verteidigungsminister den Begriff Kriegsfähigkeit gewählt. Wir stehen am Vorabend schwieriger Entwicklungen und deswegen mehr Waffenlieferungen, vor allen Dingen aber auch unserer Bevölkerung deutlich machen, was auf dem Spiel steht. Russland möchte nicht verhandeln, sondern sieht unser Verhalten als Schwäche. Deswegen muss der Bundeskanzler sich viel klarer positionieren, so wie die Außenministerin, der Verteidigungsminister und der Finanzminister. Die Lieferung von Taurus – das werden wir nächste Woche im Bundestag beraten – ist nur eine Sache von

kurzer Zeit, von wenigen Wochen. Darauf haben sich Frankreich und Großbritannien in ihrer Unterstützung mit Marschflugkörpern eingesetzt. Aber es geht hier weniger nur um Waffenlieferungen; es geht darum, dass wir die Ukraine befähigen zu gewinnen und Russland ein Stoppschild gezeigt wird, damit der Krieg sich nicht ausweitet. Wenn es uns nicht gelingt, den Krieg nicht auszuweiten, kommen Millionen Ukrainer zu uns. Das wird viel zu wenig erklärt, auch warum wir die Ukraine unterstützen müssen, damit der Krieg sich nicht ausweitet und die ukrainische Bevölkerung eine Perspektive hat. Korruptionsbekämpfung ist das eine, aber unsere Unterstützung des Krieges der Ukraine ist die ganz wichtige andere Seite. Beides gehört zusammen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.